

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage Nr. 3266
des Abgeordneten Michael Jungclaus
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/8250

Nachfragen zur Antwort der Landesregierung in Drucksache 5/7186 – Lärmaktionsplanung im Land Brandenburg

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 3266 vom 27.11.2013:

Die Antworten der Landesregierung (Drucksache 5/7186) zur Lärmaktionsplanung im Land Brandenburg führen zu weiteren Nachfragen.

Ich frage die Landesregierung:

1. In der Antwort auf Frage 2 legt die Landesregierung dar, dass derzeit Lärmkartierungen getrennt für jede Lärmart erfolgen. Die Festlegung von Maßnahmen in Lärmaktionsplänen gemäß § 47d Abs. 1 BImSchG soll jedoch unter Berücksichtigung der Belastung durch mehrere Lärmquellen erfolgen. Hierbei könne eine summarische Betrachtung verschiedener Umgebungslärmquellen im Rahmen der Lärmaktionsplanung zusätzliche Informationen zur Identifizierung von Belastungsschwerpunkten liefern. Nachfragen: Ist die Landesregierung der Auffassung, dass das derzeitige Vorgehen die tatsächlichen Lärmbelastungen der Bevölkerung in ausreichendem Maße berücksichtigt? Gibt es für eine summarische Betrachtung im Rahmen der Maßnahmenenerarbeitung einheitliche Vorgaben, etwa durch Handlungsempfehlungen von Seiten des Landes? In welcher Form kontrolliert das Land, ob die Kommunen der Forderung des § 47d Abs. 1 BImSchG auch nachkommen?

2. In der Antwort auf Frage 3 zeigt die Landesregierung auf, dass für den Zeitraum 2008 bis 2012 40 Kommunen nicht ihrer Pflicht nachgekommen sind, über Aktivitäten zur Lärmaktionsplanung zu berichten. Nachfragen: Welche Kommunen sind der Pflicht bisher nicht nachgekommen (Bitte um tabellarische Auflistung der jeweiligen Kommunen)? Welche Aktivitäten hat die Landesregierung unternommen, um die betroffenen Kommunen zur Erstellung von Lärmaktionsplänen zu bewegen? Welche Pflichten hat die Landesregierung, auf die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben des Bundes bzw. der EU hinzuwirken? Welche Möglichkeiten haben das Land bzw. der Bund, die Erarbeitung von Lärmaktionsplänen bei den Gemeinden einzufordern?

3. In der Antwort auf Frage 10 wird angegeben, dass für die Jahre ab 2014 noch keine Angaben möglich seien, in wie weit Fördermittel insbesondere aus dem EFRE zur Verbesserung der Umweltsituation, so auch für Lärmschutzmaßnahmen, zur Verfügung gestellt werden können. Nachfrage: Wie ist diesbezüglich der aktuelle Sachstand?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: In der Antwort auf Frage 2 legt die Landesregierung dar, dass derzeit Lärmkartierungen getrennt für jede Lärmart erfolgen. Die Festlegung von Maßnahmen in Lärmaktionsplänen gemäß § 47d Abs. 1 BImSchG soll jedoch unter Berücksichtigung der Belastung durch mehrere Lärmquellen erfolgen. Hierbei könne eine summarische Betrachtung verschiedener Umgebungslärmquellen im Rahmen der Lärmaktionsplanung zusätzliche Informationen zur Identifizierung von Belastungsschwerpunkten liefern. Nachfragen: Ist die Landesregierung der Auffassung, dass das derzeitige Vorgehen die tatsächlichen Lärmbelastungen der Bevölkerung in ausreichendem Maße berücksichtigt? Gibt es für eine summarische Betrachtung im Rahmen der Maßnahmenenerarbeitung einheitliche Vorgaben, etwa durch Handlungsempfehlungen von Seiten des Landes? In welcher Form kontrolliert das Land, ob die Kommunen der Forderung des § 47d Abs. 1 BImSchG auch nachkommen?

zu Frage 1: Die mit der Umgebungslärmkartierung zurückliegend gemachten Erfahrungen zeigen, dass die jeweiligen Lärmkarten - auch bei separater Kartierung der einzelnen Lärmarten - in der Regel ausreichende Informationen zur Bewertung von Umgebungslärmbelastungen liefern. Die Lärmkarten werden von den Kommunen daher regelmäßig den weiterführenden Arbeiten zur Lärmaktionsplanung zu Grunde gelegt und entsprechend der örtlichen Situation und der konkret zu regelnden Lärmauswirkungen durch weitergehende Betrachtungen ergänzt. Bei der Festsetzung von Maßnahmenprioritäten sollte gemäß § 47 d Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) auch eine etwaige Belastung durch mehrere Lärmquellen Berücksichtigung finden. Wie dies im Einzelfall erfolgt, liegt im Ermessen der jeweils Plan aufstellenden Kommune. Sie wird dabei auch über die Verhältnismäßigkeit des zu treffenden Aufwandes zu entscheiden haben. Sofern für die Entscheidung zu einzelnen Maßnahmenprioritäten eine Gesamtlärmbetrachtung hinzugezogen werden soll, steht seit Mai 2013 mit der Veröffentlichung der VDI-Richtlinie 3722 Blatt 2 „Wirkung von Verkehrsgeräuschen, Kenngrößen beim Einwirken mehrerer Quellenarten“ ein normiertes Verfahren zur Verfügung. Auf dieses weisen die auf den Internetseiten des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) zum Thema Umgebungslärm veröffentlichten „LAI-Hinweise zur Lärmaktionsplanung“ der Bund/Länderarbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) bereits hin. Das Verfahren gemäß VDI 3722 Blatt 2 wird bei der Unterstützung der von der Lärmaktionsplanungspflicht betroffenen Kommunen im engeren Wirkungsbereich des Flughafens Berlin-Schönefeld (Berlin Brandenburg) im Rahmen einer Gesamtlärmkartierung durch das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) angewendet. Entsprechende Ergebnisse werden für das Jahr 2014 erwartet. Es ist beabsichtigt, die gewonnenen Erfahrungen bei einer zukünftigen Überarbeitung der „Strategie der Lärmaktionsplanung im Land Brandenburg“, die als Handlungsempfehlung ebenfalls auf den Internetseiten des MUGV zum Thema Umgebungslärm veröffentlicht ist, einfließen zu lassen. Nach § 47 d Abs. 1 BImSchG liegt es im Ermessen der zuständigen Behörden - in Brandenburg der Kommunen -, Maßnahmen (auch unter Berücksichtigung einer Belastung durch mehrere Lärmquellen) festzulegen und dabei Prioritäten für relevante Bereiche, u.a. bei Überschreitungen von Grenzwerten, zu setzen. Eine Überprüfung der angewandten Abwägungskriterien für die Festlegung bestimmter Maßnahmen und Maßnahmenprioritäten in den einzelnen Lärmaktionsplänen der Kommunen erfolgt durch die Landesregierung nicht.

Frage 2: In der Antwort auf Frage 3 zeigt die Landesregierung auf, dass für den Zeitraum 2008 bis 2012 40 Kommunen nicht ihrer Pflicht nachgekommen sind, über Aktivitäten zur Lärmaktionsplanung zu berichten. Nachfragen: Welche Kommunen sind der Pflicht bisher nicht nachgekommen (Bitte um tabellarische Auflistung der jeweiligen Kommunen)? Welche Aktivitäten hat die Landesregierung unternommen, um die betroffenen Kommunen zur Erstellung von Lärmaktionsplänen zu bewegen? Welche Pflichten hat die Landesregierung, auf die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben des Bundes bzw. der EU hinzuwirken? Welche Möglichkeiten haben das Land bzw. der Bund, die Erarbeitung von Lärmaktionsplänen bei den Gemeinden einzufordern?

zu Frage 2: Mit aktuellem Stand haben von den 40 Kommunen ohne Berichterstattung zwischenzeitlich 13 Kommunen eine Lärmaktionsplanung in Aussicht gestellt, begonnen bzw. abgeschlossen und drei Kommunen über das Absehen von einer Lärmaktionsplanung nach entsprechender Prüfung berichtet. Für 11 weitere Kommunen bestanden (und bestehen aktuell) keine Betroffenheiten oberhalb der Prüfwerte $L_{DEN} = 65 \text{ dB(A)}$ bzw. $L_{Night} = 55 \text{ dB(A)}$ gemäß der o. g. Strategie der Lärmaktionsplanung. Bei drei weiteren Kommunen sind solche Betroffenheiten erst im Ergebnis der Lärmkartierung der 2. Stufe im Jahr 2012 festgestellt worden. Damit verbleiben 10 Kommunen, die trotz bestehender Lärmaktionsplanungspflicht und regelungsbedürftiger Lärmauswirkungen nicht über Aktivitäten zur Lärmaktionsplanung der 1. Stufe berichtet haben:

1. Gemeinde Althüttendorf
2. Gemeinde Bersteland
3. Gemeinde Brieselang
4. Gemeinde Buckautal
5. Gemeinde Fehrbellin
6. Gemeinde Friedrichswalde
7. Gemeinde Gerdshagen
8. Gemeinde Heidesee
9. Gemeinde Kolkwitz
10. Gemeinde Schönwald

Die Landesregierung hat zurückliegend dafür Sorge getragen, dass alle betroffenen Kommunen über die Lärmaktionsplanungspflichten und die zu beachtenden Fristen informiert wurden. Möglichkeiten zur Nachmeldung von Aktivitäten wurden in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zum 14.01.2009, zum 31.12.2009, 31.12.2010 und zum 27.04.2012 eingeräumt und auch genutzt. Aufforderungen an die Kommunen erfolgten darüber hinaus im Rahmen von Fachveranstaltungen und der individuellen fachlichen Unterstützung durch das LUGV. Alle notwendigen Informationen und ein einheitliches elektronisches Meldeformular zur Vereinfachung der Berichterstattung wurden den Kommunen über die Internetseiten des MUGV zum Thema Umgebungslärm bereitgestellt. Die Lärmaktionsplanung basiert auf einem Managementansatz („Management of Environmental Noise“). Die Rechtsgrundlagen verfolgen keinen Konditionalansatz, bei dem das Überschreiten definierter Grenzwerte eine unmittelbare Rechtsfolge in Bezug auf die Umsetzung von Minderungsmaßnahmen bzw. in Bezug auf entsprechende Eingriffsmöglichkeiten entstehen lässt. Die Lärmaktionsplanung ist somit ein Planungsinstrument, welches sich - möglichst verzahnt mit den übrigen kommunalen Planungen und Planungszielen und abgestimmt mit den für die Umsetzung bestimmter Maßnahmen jeweils zuständigen Behörden - in die kommunale Planungstätigkeit insgesamt und damit in die kommunale Planungshoheit einfügt. Die Landesregierung

verfolgt daher primär nicht die Absicht entsprechender Eingriffe. Über vergleichbare Erwägungen des Bundes oder der Europäischen Kommission ist nichts bekannt.

Frage 3: In der Antwort auf Frage 10 wird angegeben, dass für die Jahre ab 2014 noch keine Angaben möglich seien, in wie weit Fördermittel insbesondere aus dem EFRE zur Verbesserung der Umweltsituation, so auch für Lärmschutzmaßnahmen, zur Verfügung gestellt werden können. Nachfrage: Wie ist diesbezüglich der aktuelle Sachstand?

zu Frage 3: Aktuell ist beabsichtigt, die derzeitige Förderrichtlinie Umweltschutz bis zum 31.12.2014 zu verlängern, um mit Rest- oder Rücklaufgeldern aus der Förderperiode 2007 - 2013 noch einzelne zusätzliche Vorhaben zur Minderung des Umgebungslärms und der Luftschadstoffbelastung zu bewilligen und bis 2015 realisieren zu können. Die Höhe von eventuell dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln ist noch nicht bekannt. Für die neue Förderperiode wurden mit dem Kabinettsbeschluss „EU-Förderung 2014 - 2020: Fondsübergreifende und fondspezifische Prioritäten der Landesregierung Brandenburg“ vom 30.10.2012 die wichtigsten Entscheidungen und Rahmenbedingungen für den Einsatz der EU-Fonds in der Förderperiode 2014 - 2020 festgelegt. Gegenwärtig wird das Operationelle Programm (OP) für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) - EFRE-OP nach diesen politischen Vorgaben zwischen den Ressorts abgestimmt. Im Rahmen der Investitionspriorität 6e "Maßnahmen zur Verbesserung des städtischen Umfeldes ..." sind auch integriert wirkende Maßnahmen zur Minderung des Umgebungslärms in Kommunen und ihrem Umland im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität vorgesehen. Die Förderung soll über das in der Mischachse definierte Wettbewerbsverfahren erfolgen. Den Rahmen werden die Wettbewerbsaufrufe sowie die zukünftige Richtlinie für nachhaltige Stadt-/Stadt-Umland-Entwicklung vorgeben, die gegenwärtig vorbereitet werden. Über den finanziellen Umfang der Förderung kann derzeit noch keine Auskunft erteilt werden.